



NACHRICHTEN
AUS DER HEIMAT

www.donau-post.de

Sternzeichen Steinbock

22. Dezember bis 20. Januar

Eher kühl, als wie gefühlvoll ... ist der Steinbock, oftmals kühn-toll, wenn er Willenskraft beweist, sich und ändern, so zumeist. Ist gar freundlich und verträglich, nichts ist fremd ihm und unmöglich, um durch Sparsamkeit und Willen, sich manch' Wünsche zu erfüllen. Sieht das Leben äußerst nüchtern, doch ist keinesfalls zu schüchtern, weil sein Sternzeichen klar beweist - obenauf ist, wer auch schweigt.

Oskar Stock

Stierstorfer (CSU): Koalitionsvertrag gilt

Wörth. (nop) Nachdem Hubert Aiwanger quasi ein Machtwort an die Adresse der niederbayerischen Freien Wähler gesprochen hat (siehe nebenstehenden Artikel), haben wir bei der CSU-Landtagsabgeordneten Sylvia Stierstorfer nachgefragt, ob die CSU ihre Position neu abstimmen könnte, um mögliche niederbayerische Forderungen zu bedienen.

„Nein, der Koalitionsvertrag ist Grundlage des Regierungshandelns. Freilich wird hier und da mal etwas herundiskutiert, aber der Vertrag gilt.“ Es gebe da keinen Konflikt zwischen CSU und FW, vielmehr zwischen Ober- und Unterliegern. Stierstorfer plädiert wie Aiwanger für einen schnellen HQ100-Schutz von Straubing bis Vilshofen.

Es sei auch allgemeiner Konsens, dass man den Hochwasserschutz nicht auf die Frage „Polder - Ja oder Nein“ reduzieren könne: „Alle wollen den dezentralen Hochwasserschutz, damit bayernweit wirksame Maßnahmen gegen Starkregenereignisse realisiert werden.“

DLRG-Schwimmkurse

Wörth. Die DLRG bietet von 19. Januar bis 23. Februar zwei Kinder-Anfängerschwimmkurse im Hallenbad Wörth an. Die Teilnehmerzahl ist auf zweimal zwölf Kinder begrenzt und das Mindestalter beträgt sechs Jahre. Ein Kurs besteht aus zwölf Unterrichtsstunden zu 60 Minuten, die jeweils Samstag Vormittag und Mittwoch Nachmittag abgehalten werden. Die Anmeldung zu den Kursen ist am Mittwoch, 9. Januar, von 19 bis 20 Uhr in der Hallenbad-Cafeteria möglich.

Apotheken-Notdienst

Den Apotheken-Bereitschaftsdienst übernehmen von heute, Dienstag, bis morgen, Mittwoch, die Apotheke am Weiher in Wiesenfelden, Kloster-Apotheke am Steinmarkt in Cham und St. Michael-Apotheke in Köfering. Der Bereitschaftsdienst beginnt jeweils um 8 Uhr und endet zum gleichen Zeitpunkt am nächsten Tag.

Rettungsdienst/Notarzt

Telefon 112.

Ärztl. Bereitschaftsdienst

Der ärztliche Bereitschaftsdienst ist außerhalb der Öffnungszeiten der Arztpraxen unter der Telefonnummer 116 117 erreichbar.

Verunsicherung im Polderstreit sitzt tief

IG und FW legen mit weiteren Schreiben gegen niederbayerische Resolutionen nach

Wörth. (nop) Nachdem sich die **mehrheitlich CSU-geführten Landkreise und Kommunen Straubing, Deggendorf und Passau noch im Dezember in einer gemeinsamen Resolution für die Polder Wörth und Eltheim ausgesprochen hatten, reagierte am Freitag der FW-Landesvorsitzende und Landesminister Hubert Aiwanger mit einer Bekräftigung seiner Wahlversprechen: Er leitete höchstpersönlich ein Positionspapier der IG Polder weiter, unterzeichnet von nicht weniger als acht Bürgermeistern aller Couleur, dem BBV und weiteren Betroffenenverbänden (wir berichteten kurz am Samstag).**

Vor allem der wiederholte Vorwurf der Unterlieger, man wolle sich aus der Verantwortung für den Hochwasserschutz stehlen, hat die Leute um Wörth herum schwer getroffen. In ihrer Resolution, die IG-Sprecher Markus Hörner verfasst hat, zählen sie abermals die Schäden auf, die man bereits für den HQ100-Schutz im Zuge des Staufstufenbaus von Geisling in Kauf nehmen musste: „Es gibt aufgrund des Donauausbaus der 70er und 80er Jahre großflächig einen deutlich erhöhten Grundwasserspiegel. Teilweise Grundwasser nur einen Meter unter Bodenoberfläche! Wasser tritt in Gebäude ein. Jede weitere Anhebung des Grundwasserspiegels, beispielsweise durch Polderflutung, hätte verheerende Auswirkungen auf unzählige Gebäude.“ Nicht nur würden die Polder Milliarden Euro an Baukosten und mehrere Quadratkilometer Ackerland verschlingen – am Ende würde man womöglich den östlichen Landkreis absaufen lassen, ohne dass irgendwer in Deggendorf oder Passau einen konkreten Nutzen davon hätte. „Hochwasserschutz ja, dort wo er Sinn macht!“, erklärt Hörner.

Aiwanger präsentiert Sieben-Punkte-Plan

Aiwanger konkretisiert mit sieben Punkten die Forderungen, wie man für die Donau von Straubing bis Passau verfahren sollte: „1. Planfeststellungsbeschluss für Hochwasserschutz Straubing-Vilshofen im ersten Halbjahr 2019. 2. Ausbau Grundschutz HQ 100 Straubing-Vilshofen beschleunigen. Hierauf alle finanziellen und planerischen/personellen Kräfte konzentrieren. 3. Absicherung/Verbesserung bestehender Deiche, um Deichbrüche zu verhindern (Spundungen etc.). 4. Maßnahmen an Isar+Inn in Angriff nehmen, um Deggendorf/Passau zu schützen (u.a. Staustufenmanagement). 5. Staustufenmanagement sofort, auch schon bei niederschwelligeren Hochwässern, zu Schadensminimierung auch an landwirtschaftlichen Flächen. 6. Dezentraler Hochwasserschutz bayernweit zur flächendeckenden Reduzierung der Schäden bei Starkregen an Siedlungen, Erosion etc. und Rückhalt von Wasser. 7. Stopp von neuen Siedlungen/Gewerbegebieten in Hochwassergebieten.“ Aiwanger, der auch Minister für Wirtschaft und Landesentwicklung ist, hat sich damit wohl in den kommenden Jahren ordentlich Arbeit auf seinen Schreibtisch geschlichtet.



Die Donau bei Kiefenholz liegt mehrere Meter über dem Bodenniveau des Ortes. Würde nicht laufend das durch den Damm gepresste Grundwasser zurück in die Staustufe gepumpt, wären etliche Ortschaften in der Gegend wohl längst untergegangen.

Foto: Archiv Raith

„Hochwasserschutz ja, dort wo er Sinn macht!“, erklärt Hörner.

Poldergegner als Schreiöhse hingestellt

Abgesehen von diesen komplizierten landespolitischen Weichenstellungen gibt es eine zweite Baustelle, den sogenannten weichen

Faktor, dass man eben auch lernen muss, als Nachbarn am Fluss miteinander statt übereinander zu reden. So hatte der Niederalteicher Bürgermeister Albin Dietrich am Rande des dort regelmäßig stattfindenden Donau-Kongresses Mitte Dezember unseren Kollegen vom Donau An-

zeiger erklärt, er halte den Polder-Verzicht für ein falsches Signal: Es könne nicht sein, dass die, die am lautesten schreien, aus ihrer Verantwortung entlassen würden. Der Kiefenholzer Franz Beutl hatte ihn desweren in einem privaten Schreiben zur Rede stellen wollen, hat jedoch auch nach vier Wochen keine Antwort erhalten.

Darum kam er auf uns von der Donau-Post zu und stellte klar: „Die Aussage von Bürgermeister Dietrich finde ich ehrenrührig, weil wir gerade nicht laut geschrien haben, sondern uns als Betroffene in den letzten fünf Jahren einem vom Umweltministerium initiierten Dialogprozess zur Verfügung gestellt haben.“ Die IG Polder würden zu unrecht als „Schreiöhse“ und „Wutbürger“ dargestellt, dabei werde die Anstrengung im besten Sinne gesamtgesellschaftlich und von allen politischen Lagern getragen – anders als beispielsweise der Niederalteicher Widerstand gegen die dort lange Zeit geplante Staustufe.

Es seien folglich auch nicht die Oberlieger verantwortlich für den schlechten Zustand der Niederbayerischen Dämme im Jahr 2013. Dabei sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass sich auch der Donau-Kongress seit Jahren regelmäßig für einen dezentralen Hochwasserschutz, die Rückverlegung von Deichen und den Baustopp in Flutgebieten ausspricht, so auch zuletzt wieder: „Breitwaser statt Hochwaser“ lautet hier die Devise.

Mehr dazu unter www.idowa.plus



KOMMENTAR

Dezentral wird auch nicht leicht

Genauso wenig wie die Niederbayerern sich allein auf die Flutpolder verlassen sollten, sollte man bei uns in Wörth das Mantra „dezentraler Hochwasserschutz“ verinnerlichen.

Auch kleine Dämme haben ihre Gegner. Dass irgendein Landwirt freiwillig sein knappes Ackerland zum sumpfigen Auwald umgestaltet, das wäre völlig neu – es sind ja schon Gewässerrandstreifen und Rote Zonen beinahe Anlass zum Haberfeldtreiben. Und gebaut werden muss weiterhin,

weil Kommunen schlicht und einfach Geld und Bürger brauchen.

Was Aiwanger da in zwei knappen Punkten (6+7) verlangt, wäre nichts anderes als ein völliger Paradigmenwechsel, weg von der Wachstumswirtschaft hin zu echter Nachhaltigkeit. Will man das konsequent umsetzen, müssen auch hiesige Kommunen unbequeme Maßnahmen an Bächen und Fluren ohne Wenn und Aber verwirklichen, falls ein „ganzheitliches Hochwasserkonzept“ das verlangt. **Franz Nopper**

■ Leserbrief

Unterlieger sind „in höchstem Maße egoistisch“

Zur Resolution des Passauer Stadtrats über die Notwendigkeit gesteuerter Flutpolder erreichte uns folgender Leserbrief:

„Mir ist es unverständlich und auch etwas befremdlich, wenn der Stadtrat in Passau eine Resolution zu den in den Koalitionsvereinbarungen gestrichenen gesteuerten Flutpolderstandorten abgibt. Es werden Kompensationsmaßnahmen gefordert und ein lückenloser Hochwasserschutz in Extremfällen und zum Schluss noch die Solidarität der Oberlieger mit den Unterliegern eingefordert.“

Was soll denn kompensiert werden? Wenn die Stadträte in Passau die Inhalte ihrer eigenen städtischen Webseite zu gesteuerten Flutpoldern angesehen hätten, dann würden sie feststellen, dass im Vortrag von Professor Dr.-Ing. Martin Grambow am 10.12.2014 in Passau nur von einer tendenziellen Abmilderung durch Poldersteuerungen und Deichrückverlegungen bei zukünftigen großen Hochwässern der Donau die Rede ist. Was ist hier tendenziell? Dies ist so wenig, dass man selbst bei einer idealen Bewirt-

schaftung der gesteuerten Flutpolder, in Passau von wenigen Millimetern spricht. Es werden also Kompensationsmaßnahmen gefordert. Für nichts?

Weiterhin wird ein lückenloser Hochwasserschutz in Extremfällen gefordert. Diesen gibt es nicht und es wird ihn auch nie geben. Wir wissen nicht, ob das nächste Hochwasser niedriger wird oder höher als alles schon da gewesene. Was ist also der Extremfall? Hierzu hat man sich verständigt, dass die Bevölkerung vor einem HQ100 (statistisch alle 100 Jahre) geschützt werden soll. Genau dieser HQ100-Schutz ist von denen Jahrzehnte versäumt worden, die jetzt am lautesten diesen fordern. Nein, sie fordern nicht einfach einen Hochwasserschutz bei ihnen selbst, sondern wollen einen Hochwasserschutz 2020+, praktisch eine Vollkaskoversicherung für alle Fälle. Nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz ist es meiner Meinung nach nicht gerechtfertigt, dass ein neu zu erstellender Hochwasserschutz der Klasse HQ100 dann nochmals mit einem recht zweifelhaften Überlastschutz ausgestattet wird (wenige Zentimeter im Bereich

Deggendorf). Hier sollen für gesteuerte Flutpolder Milliarden investiert und Millionen für den Unterhalt ausgegeben werden. Ich schlage vor, dass diejenigen die diese für ihre Zwecke nutzlosen gigantischen Bauwerke fordern auch alleine für die Finanzierung aufkommen sollten. Wir werden sehen, dass dann die Forderungen schnell abebben und man sich wieder auf die vernünftigen Maßnahmen im Hochwasserschutz konzentriert.

Wer die Solidarität der Oberlieger für die Unterlieger einfordert, ohne selbst die eigenen Hausaufgaben machen zu wollen, der ist im höchsten Maße egoistisch. Der Hochwasserschutz zum Schutzziel HQ100 wird in Passau kontrovers diskutiert. Einige wollen keinen entsprechenden baulichen innerstädtischen Hochwasserschutz, weil er einfach nicht schön ist. Und wenn die Maßnahmen vor der eigenen Haustüre nicht besonders schick sind, dann könnten doch diejenigen einspringen (auch wenn es nicht funktionieren wird) die schon immer einen entsprechenden, respektvollen Abstand von den nicht immer zu bändigen Naturgewalten einge-

halten haben. Genau diesen Bürgern will man nun in einer durch das Wasser gestalteten Geologie das Hochwasser vor die Haustüre setzen. Diese Geologie ist nur ungenügend zu berechnen. Bei der ersten Flutung wird man dann beobachten, dass das Wasser aufsteigt, wo man es nie erwartet hätte. Dieses Vorgehen hat nicht nur das Pumpwerk Auburg an der Donau nötig werden lassen, als man die Stauhaltung Geisling in Betrieb genommen hatte. Wer die Wasserwirtschaft verfolgt, kann dies immer wieder feststellen, auch bei den gesteuerten Durchlaufpoldern am Rhein.

(...) Soll also alles, was technisch machbar ist und zudem nur einen zweifelhaften Nutzen bringt verwirklicht werden oder ist es der Politik, also unseren gewählten Volksvertretern, noch erlaubt mit gesundem Menschenverstand an Sachverhalte heranzugehen? Nehmen wir die eingesparten finanziellen Mittel in die Hand und treiben den dezentralen Wasserrückhalt und den Hochwasserschutz vor Ort voran. So kann allen Bürgern geholfen werden.

Michael Beimler, Eltheim